

Presseinformation

Anhörung zur Länderöffnungsklausel (LÖK) im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des Sächsischen Landtags

Datum: 05.03.2015

Am 27.2.2015 fand die Anhörung zur LÖK im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des Sächsischen Landtags statt. Die Positionen der Bürgerinitiativen wurden von den beiden Sachverständigen Michael Eilenberger, Vorsitzender des Bundesverbandes Landschaftsschutz und von Tino Dinter, Mitglied des Bundesverbandes Landschaftsschutz und Mitglied der BI Kleinwaltersdorf im Sitzungssaal Nr. 600 vorgetragen. An der Anhörung nahmen neben Vertretern der Regierung die umweltpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien, u.a. die beiden Regionalplaner Prof. Dr. Berkner und Dr. Jens Uhlig sowie Prof. Dr. Maslaton als Vertreter der Windbranche teil.

Michael Eilenberger verwies in seinen Ausführungen u.a. auf eine dänische Studie zum Infraschall, die 2017 publiziert werden soll. In dieser Studie sollen die gesundheitlichen Auswirkungen, des von Windenergieanlagen (WEA) erzeugten Infraschalls, auf Menschen und Tiere unter neuen Maßstäben und Gesichtspunkten untersucht werden.

Im Kernland der Windenergienutzung verständigten sich dänischen Kommunen darauf, so lange ihre Bauleitplanungen zur Windenergienutzung auszusetzen bis die Studie veröffentlicht ist. Eilenberger mahnt die sächsische Staatsregierung an, die Gesundheit ihrer Bürger nicht aufs Spiel zu setzen. Wenn gesundheitsgefährdende Zustände bei den Bürgern festgestellt werden, dann dürfen diese nicht mit übergeordneten abstrakten Klimazielen begründet werden. Die aus der LÖK aus unserer Sicht abzuleitende sogenannte 10-H Regelung würde den Bürgern etwas mehr Schutz gewähren.

Tino Dinter stellte klar, dass Deutschland sein Klimaziel 2014 verfehlt habe obwohl sich an Land 25.000 WEA drehen. Es gäbe keinen Grund, eine wettbewerbsverzerrenden, beim Bürger unbeliebten Wirtschaftszweig weiter zu privilegieren denn das Ziel, Kohlendioxid einzusparen wurde zu null Prozent erfüllt. Windkraft stoße bei den Bürgern auf wenig Zustimmung im Unterschied zur Photovoltaik. Die 25.000 WEA hätten es 2014 nicht geschafft, einen grundlastfähigen Sockel zu bilden. Dinter zog den Vergleich zwischen dem jungen Industriezweig Windenergie mit der in den fünfziger Jahren euphorisch gefeierten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Erst später wurden die gesundheitlichen Risiken durch die Nutzung der Kernenergie deutlich. Ähnlich verhält es sich bei der Windenergie momentan. Weil dieser Zweig so jung ist, könnten einfach noch nicht alle Erkenntnisse auf den Tisch liegen, weshalb man heute einen Puffer schaffen sollte, um die Bevölkerung nicht über Gebühr zu belasten. Eine höhenbezogene Abstandregelung könne außerdem zu einem Innovationsschub in der Windbranche führen und die Effektivität der Anlagen steigern.

Dr. Jens Uhlig vom Planungsverband Chemnitz verwies auf die Not der Regionalplaner, mit den Bürgern vor Ort zu reden. Dem Bürger ist es nicht zu vermitteln, warum unterschiedliche Abstandregeln innerhalb des Freistaates gelten, in Döbeln gelten 1000 m, im Erzgebirge 750 m und im Zwickauer Landkreis 500 m. Außerdem erhält das "Schutzgut Fledermaus" mit 1.000 m Mindestabstand einen höheren Schutz als das Schutzgut Mensch, was zur Missstimmung bei den Bürgern beiträgt. Seit 1992 beschäftigt er sich mit WEA. Er genehmigte die Windfarm Jöhstadt, damals war die Nabe der WEA gerade mal 30 m hoch, dann kamen schon 50 m hohe Naben. Man wählte damals ca. 500 m große Abstände zur Wohnbebauung ohne eine 10 H Regelung zu kennen. Als die Anlagen 100 m hoch wurden, plante Dr. Uhlig sie in 1.000 m Abstand. Der Rückblick auf die Planungshistorie wurde von den Anwesenden im Sitzungssaal mit besonderem Interesse aufgenommen.

Zur Anhörung waren Mitglieder der BI Rennersdorf, Rückersdorf, Großenhain, Rödersche Heide, Altenberg, Kleinwalterdorf, Grimma, Ostritz und Zwickauer Land präsent.